

# Opposition gegen die Entsendung englischer Truppen nach China.

## Indien protestiert. — England kritisiert.

Wie die „Times“ aus Neu-Delhi meldet, versuchten die Extremisten in der Befehlgebenden Versammlung, das Recht der indischen Regierung, ohne vorherige Befragung des Hauses Truppen nach China zu senden, in Zweifel zu ziehen. Die Regierung erhob Einspruch gegen eine derartige Erörterung und erklärte, der Antrag könne nicht zur Beratung kommen, ohne daß schwierige Fragen der Außenpolitik hineingetragen würden, was verhängnisvolle Folgen haben würde. Da der Antrag von der erforderlichen Zahl von Mitgliedern unterstützt wurde, erklärte der Präsident, die Geschäftsordnung zwingt ihn, den Antrag zuzulassen, wenn auch der Generalgouverneur das Recht habe, die Erörterung zu verbieten. Hierauf wurde eine Botschaft des Generalgouverneurs verlesen, in der das erwählte Verbot tatsächlich ausgesprochen wurde mit der Begründung, daß die Erörterung dem öffentlichen Interesse zuwider wäre.

### Auch in der englischen liberalen Presse

beginnt sich jetzt der Protest gegen die Truppenentsendungen nach China zu regen. Der „Manchester Guardian“ nennt die Erklärungen des Außenministers T. S. Chen der Kantonregierung „geschickt“ und findet darin nichts, das sich wesentlich von der englischen Auffassung unterscheidet. Die Entsendung englischer Truppen nach China in solcher Menge, daß in China bald mehr englische Soldaten als englische Zivilisten seien, scheint ihm jedoch kein geeignetes Mittel zu sein, um zu einem befriedigenden Resultat der Verhandlungen zu kommen. Auch in einem kurzen Leitartikel, in dem heute morgen die „Daily News“ das „Manifest“ des Kantonaußenministers T. S. Chen bespricht, „wegen das sehr wenige vernünftige Engländer etwas einzuwenden haben können“, wird die Möglichkeit einer „ibotratrischen“ und aufreizenden Zurschaufstellung britischer Streitkräfte in Zweifel gezogen.

„Daily Mail“ erwartet, daß der englische Außenminister Chamberlain auf einem Essen in Birmingham am nächsten Sonnabend eine wichtige Rede über die britische Außenpolitik halten werde. Das australische Kabinett wird morgen über Truppenentsendungen nach China Beschluß fassen.

Die liberalen „Daily News“ fordern die englische Regierung auf, da der Umfang der englischen Militäraktion nunmehr allgemein bekannt sei, eine klare Erklärung über Englands militärische Politik abzugeben. Die englischen Steuerzahler wollen wissen, ehe sie neue Lasten übernehmen, was diese Politik wirklich einschließe. In England seien die Befürchtungen und das Mißtrauen über diese großen militä-

rischen Vorbereitungen im Zunehmen begriffen. In Schanghai sind ernste Vorbereitungen zur Vertreibung der Fremdeniederlassungen von den lokalen Behörden getroffen worden. Kriegsschiffe sichern den Puangposuß, an dem sich die Niederlassungen hingehen.

### 20 000 Mann für den Schutz der britischen Interessen in China.

London, 26. Januar. „Evening Standard“ zufolge werden etwa 20 000 Mann innerhalb 14 Tagen für den Schutz der britischen Interessen im fernen Osten zur Verfügung stehen.

### Und alles vergebens.

Peking, 26. Januar. Alle propagandistischen Warnnachrichten, die sich gegen den Süden richten, sind weit übertrieben. Eine militärische Expedition Englands nach Ostasien kann die Entwicklung in China nur stören, aber niemals aufhalten.

### Beratung im Kabinett.

London, 26. Januar. Heute vormittag fand in Downing Street eine Kabinettsitzung statt, an der mit Ausnahme der drei zurzeit von England abwesenden Minister Churchill, des Ministers des Innern und des Luftministers alle Kabinettsmitglieder teilnahmen. Die Lage in China und vor allem die Absichten der Regierung von Kanton seien noch nicht klar genug, um eine definitive Stellungnahme der englischen Regierung zuzulassen, doch scheint die Absicht zu bestehen, an den Außenminister T. S. Chen in Hankau noch einmal positive Vorschläge durch den englischen Geschäftsträger D. Malley zu machen. Vorher allerdings will man abwarten, ob die Berichte D. Malleys den Eindruck machen, daß der Kantonregierung ernsthaft an einer positiven und vernünftigen Lösung der Schwierigkeiten gelegen ist.

Die maßgeblichen Kreise erklären in bezug auf Japan, daß für England eine ganz andere strategische Lage bestehe. In vier Wochen, wenn die englischen Transportschiffe in den chinesischen Gewässern eingetroffen sein werden, werde die Lage Englands derjenigen Japans wieder gleichen, da dann ein sofortiges militärisches Eingreifen möglich sei. Das gleiche gelte in gewissem Sinne auch von Amerika wegen der Nähe der Philippinen. Es sei jedenfalls besser, durch ein rechtzeitiges Truppenaufgebot an Ort und Stelle Massakers zu verhindern, als später eine Rache-Expedition auszurufen.

# Ein neuer Anschlag auf das deutsche Schulwesen in Polen.

## Aus Lodz (Polen) wird dem Deutschen Auslands-Institut berichtet:

In Lodz besteht seit der Zeit vor dem Weltkriege ein staatliches Lehrerseminar mit deutscher Unterrichtssprache. Vorher bestand es in Warschau. Da man es aber dort nicht länger dulden wollte (schon damals), so bemühten sich die Lodzer Deutschen um die Verlegung der Lehranstalt nach Lodz. Sie stellten ihr zu diesem Zweck ein besonderes Gebäude zur Verfügung und sorgten auch sonst für dieselbe. U. a. durch Schaffung eines Internats für arme Seminaristen, durch das es vielen ähnen armer Eltern erst möglich wurde, den Lehrerberuf zu ergreifen. Die Verlegung des Lehrerseminars gereichte mithin der Anstalt zum großen Vorteil.

Das paßte natürlich den polnischen Chauvinisten nicht. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß das Lodzer deutsche Lehrerseminar in absehbarer Zeit das einzige staatliche Lehrerseminar mit deutscher Unterrichtssprache in Polen sein wird (das jetzt noch vorhandene deutsche Lehrerseminar in Graudenz steht auf dem Aussterbeort und seine unteren Klassen sind bereits aufgelassen), brachte man im Lodzer Bezirks-Schulrat einen Antrag auf Verlegung des Lodzer Lehrerseminars nach Warschau, dem Mittelpunkt des Reiches, ein. Die geheime Absicht dabei ist, das Seminar mit der Zeit eingehen zu lassen, denn man weiß, daß ohne Internat (das heute völlig aus Mitteln der Lodzer Deutschen unterhalten wird) die Lehranstalt nicht wird bestehen können. Außerdem besitzt Warschau keine einzige deutsche Volksschule, an denen die Pöglinge des deutschen Seminars praktizieren könnten. Als die Lodzer deutschen Väter von diesem neuen Anschlag auf das deutsche Schulwesen Polens (ohne Seminar keine deutsche Volksschule!) berichtet hatten, hielten mehrere Lodzer deutsche Kulturorganisationen Sitzungen ab, in denen gegen die Absicht des Bezirks-Schulrats protestiert wurde. Abg. Ur'a begab sich zum Kurator des Lodzer Schulbezirks, bei dem er gegen die geplante Seminarverlegung mündlich protestierte und gleichzeitig einen schriftlichen Einspruch mit den Unterschriften des Senators Städt, der Sejmabgeordneten Urta und Spidemann, des Lodzer deutschen Lehrervereins, des Lodzer deutschen Schul- und Bildungsvereins, der Sektion der deutschen Schulvorkämpfer und des Hilfsvereins für das Lodzer deutsche Lehrerseminar mit der Bitte um Weiterleitung an den Unterrichtsminister überreichte. Um dem Protest mehr Nachdruck zu verleihen, beriefen die deutschen Abgeordneten am 18. Januar eine deutsche Massenversammlung ein, auf der die beiden Abgeordneten sowie der Senator zu der geplanten Verlegung das Wort ergriff. Es wurde ein Protest angenommen, der sich gleichzeitig auch gegen das Warschauer evangelisch-augsburgische Konfessionsrat richtet, das es unterlassen hat, von dem ihm gesetzlich zustehenden Recht der Ernennung eines Mitgliedes für den Lodzer Bezirks-Schulrat Gebrauch zu machen. Ferner wurde dagegen protestiert, daß die polnischen Schulbehörden die Absolventen des deutschen Lehrerseminars entweder gar nicht beschäftigen oder nur an polnischen Schulen anstellen, während deutsche Schulen keine Lehrer oder solche polnischer Nationalität erhalten. Die deutschen Lehrer werden als minderwertige Lehrkräfte behandelt, indem man ihnen geringere Gehälter als ihren polnischen Kollegen zahlt.

Die deutschen Abgeordneten und Senatoren wurden von der Versammlung beauftragt, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die geplante Verlegung des deutschen Schulwesens in Polen durch Untergrabung der Existenz des deutschen Lehrerseminars zu verhindern.

Ähnliche Massenversammlungen der deutschen Eltern sollen überall in Polen veranstaltet werden, um der Regierung zu zeigen, daß die Deutschen in Polen nicht gewillt sind, sich die Quelle verschütten zu lassen, aus der ihr Schulwesen immer neue Kräfte schöpft.

### Ein deutscher Wohltäter in Buenos Aires.

Der Anfang November verstorbene Kaufmann Arthur Pfeiffer hat in seinem Testament die deutsche Kolonie mit großen Schenkungen bedacht; u. a. wurden 5000 Peso dem Deutschen Hospital, 5000 Peso der Deutschen Wohltätigkeitsgesellschaft, je 2500 Peso dem Deutschen Frauenheim und dem Deutschen Seemannsheim überliefert. Der Verstorbene hat sich mit diesen Schenkungen ein dauerndes Verdienst um seine bedürftigen deutschen Landsleute in Buenos Aires erworben.

### Klage des Fürsten von Richtenstein gegen den tschechoslowakischen Staat.

Prag, 26. Januar. Der regierende Fürst von Richtenstein hat gegen die Beschlagnahme ihm gehörigen Grundbesitzes durch das Bodenamt Klage beim Internationalen Gerichtshof im Haag eingebracht. Der Fürst stützt sich in seiner Klageschrift, welche die Gültigkeit der Zwangsmassnahmen des Bodenamtes gegen einen Ausländer anführt, auch auf seine Eigenschaft als souveränes Staatsoberhaupt.

Der Jugend Schmalz wird dir bescheert  
Durch den Gebrauch von **Steckenpferd**  
**Steckenpferd** Linsenmilch  
Streckenpferd

## Tagung des Schlesienschen Landbundes.

Breslau, 26. Jan. Auf der diesjährigen Tagung des Schlesienschen Landbundes erklärte Freiherr v. Richtig-Hofen-Boguslawitz nach einem Referat über die Lage der Landwirtschaft, daß der Landbund eine bürgerliche Regierung voll und ganz unterstützen werde. In den verschiedenen im Laufe der Tagung angenommenen Entschlüsse warnt u. a. der Landbund vor Unterhöhlung des Eigentumsbegriffes, wie sie in dem Entwurf des Städtebaugesetzes geplant sei. Er erklärt, daß er von dem Ausbau der Wasserstraßen keine Besserung der wirtschaftlichen Lage erwarte und fordert, daß alle verfügbaren Mittel zunächst zur „Kanalisierung des Bodens“ hergegeben werden. Der Schlesienschen Landbund weist schließlich das sozialdemokratische Agrarprogramm als ein gefährliches Instrument zur Vernichtung eines freien bäuerlichen Bestandes zurück und wird ihm mit allen Mitteln entgegentreten.

## Prozeß gegen den Herausgeber der „Straßburger Zukunft“.

Paris, 26. Jan. Wie die „Temps“ aus Straßburg meldet, wurde dort heute ein Prozeß gegen den Herausgeber der „Zukunft“, P. K., verhandelt, der beschuldigt wird, in seiner Eigenschaft als Administrator Wertpapiere, die Deutschen gehörten, erworben und damit der Sequestrierung entzogen zu haben. Der Beihilfe wird ein gewisser Pauly beschuldigt. Die Staatsanwaltschaft beantragte eine strenge Bestrafung der Angeklagten.

## Italien unterstützt eine monarchistische Bestrebung in Montenegro.

Bari, 26. Jan. Nach Meldungen aus Mailand hat sich dort ein Komitee aus montenegrinischen Nationalisten, Offizieren und ehemaligen Staatsmännern gebildet für die Wiederherstellung des Königreiches Montenegro. Die Tagungen des neuen Aktionskomitees finden unter Leitung der italienischen Behörden und in einem staatlichen Palais statt.

## Eine russische Note zur bessarabischen Frage.

Moskau, 26. Jan. Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht den Wortlaut der Note, die Kerschenezow am 6. Oktober 1926 Russlands anläßlich des Abschlusses des Vertrages zwischen der italienischen Regierung und Rumänien überreicht hat. Die Note protestiert auf das entschiedenste gegen den Versuch, die bessarabische Frage in den Kreis der Fragen hineinzubeziehen, die Gegenstand von Uebereinkommen zwischen Italien und Rumänien bezog. Anderen dritten Mächten sein könnten und lenkt die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung darauf, daß die Verwirklichung der Möglichkeit der Ratifizierung des Pariser Vertrags vom Oktober 1920 durch Italien eine Verletzung souveräner Rechte und Interessen der Sowjetunion sein würde, was mit den freundschaftlichen Beziehungen beider Länder unvereinbar wäre.

## Attentatspläne gegen Tschitscherin?

Zu den vor einigen Tagen gemeldeten Gerüchten über Attentatspläne gegen Tschitscherin wird folgendes mitgeteilt: Der russische Volkskommissar Tschitscherin, der sich seit einiger Zeit in Frankfurt a. M. in ärztlicher Behandlung befindet, erhielt vor einigen Tagen die Nachricht, daß ein Attentat gegen ihn beabsichtigt sei. Als angebliche Attentäter wurden ihm zwei russische Offiziere genannt, von denen der eine Miansarow, der andere Tamburjew heißen sollte. Tamburjew sollte seinen Aufenthalt in Baden-Baden genommen haben. Die Frankfurter Kriminalpolizei gewährte dem russischen Minister sofort ausreichenden Schutz. Der Berliner Polizei ist es am Dienstag gelungen, Miansarow festzunehmen, der sich seit längerer Zeit unangemeldet in Berlin aufgehalten und in Spieler- und Hochstaplerkreisen eine Rolle gespielt hatte. Er ist bereits vor längerer Zeit aus dem preussischen Staatsgebiet ausgewiesen worden. Bei seiner Vernehmung bestritt Miansarow jede Attentatsabsicht.

## Hungerstreik der verhafteten weißrussischen Abgeordneten.

Warschau, 26. Jan. Im Warsauer Gefängnis, in dem erst kürzlich ein längerer Hungerstreik beigelegt wurde, hat wegen Verhinderung der Befängnisordnung ein neuer Hungerstreik eingesetzt. An dem Streik sind auch die kürzlich verhafteten weißrussischen Sejmabgeordneten beteiligt.

In Bialowieza wurden sechs Weißrussen verhaftet, die einen Mordversuch gegen den weißrussischen General Balachowicz planten. Balachowicz, der vor einigen Jahren als Partisanenführer gegen die Bolschewisten bekannt geworden ist, gehört zu einer polenfreundlichen weißrussischen Gruppe. Die verhafteten Weißrussen sagten aus, daß seine Ermordung beabsichtigt war, weil er zu den letzten Massenerhaftungen von Weißrussen durch die polnischen Behörden beigetragen und führende Mitglieder der weißrussischen Promada betrogen habe.

## Garibaldi will nach London reisen.

Paris, 26. Jan. Garibaldi hat seine für heute beabsichtigte Reise nach Le Havre, von wo aus er die Ueberfahrt nach Amerika antreten wollte, aufgegeben, nachdem ihm bekanntgegeben worden war, daß die Vereinigten Staaten ihm das Einreisevisum verweigert hätten. Garibaldi beabsichtigt nunmehr, sich nach London zu begeben.

## Pangalos wird nach Kreta gebracht.

Athen, 26. Jan. Der in den letzten Monaten in Athen internierte frühere Diktator Pangalos wird auf Befehl der Regierung unter starker Eskorte heute wiederum in sein Gefängnis auf Kreta zurückgeschickt. Man befürchtet seine Befreiung durch befreundete Wardenoffiziere.

Nr. Zusammenhalten und Telegraphen der Zusammenfassungen Harry in Gotte liegen. men nach e langreichen von zwei bi Der Ka nangant sein ordnung der sam zug. Obduktion b bigung der die Staatsan Padbusch De legt, oder a schlossenen W Western gegen ein K bieben. Die Frührente, Wachsenstei Der Prozeß Pa je n Reiterregime ihrer Mutter Schutz in der Grund zu de lösen wollte. London England und Grippeertan Vorwoche ma Su Wien, wieder zu h ten und Chr Referenten, bededlungerte Verlauf es n gelang schlie aufstellen. Unter nach einer fult, mit d schen Regie Fünften W sische Konju wie auch Z men und J In dem französischer Generale a der Seite d halle wird Namen der Die Fr Run Lag Wie Silberst „Du, du, die Mutter t „Laf die mich nicht n nicht, daß die „Und du sagen? It gemeinsamen, fuhr er reich schen uns ge bemüht, dir „Ich nal Anderen hab aufstehen, ih graufam ger wenn ich dir mich, daß ich nun nach de das erste Re „Das w selt seinen W gar nicht de unserem Wol zu erfüllen - „Ich hal das man O „Du ma richt anders gwinzt, bei „Nietan Ota Worgfo